Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

88 (21.2.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 88 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Donnerstag, 21. Februar 1918** — 77. Jahrgang. — **Abendblatt.**

Der Vormarsch an der ganzen Ostfront.

Starke Kampftätigkeit in Lothringen.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 21. Febr. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht von Bayern und deutscher Kronprinz.

Vielfach Artillerie- und Minenwerferkampf. Ein Vorstoß in den Argonnen hatte Erfolg.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

An der lothringischen Front war die Kampftätigkeit in vielen Abschnitten zwischen der Selle und Plaine gesteigert. Starke französische Abteilungen griffen am Abend unsere Stellungen bei Moncel, Rechicourt und Mouqucourt an. An einzelnen Stellen drang der Feind ein. Unsere Infanterie warf ihn im Gegenstoß wieder hinaus und machte eine größere Anzahl Gefangene.

Südwestlich von Markirch brachten Sturmtrupps von einer Erkundung Gefangene zurück.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn.

Von der Insel Moon aus sind unsere Regimenter nach Ueberschreitung des zugefrorenen Sundes in Estland eingerückt und haben

Leal besetzt.

Im Vormarsch am Rigaischen Meerbusen entlang wurden Pernigel und Lensal erreicht. Bei Lensal kam es zu kurzem Kampf, in dem

500 Gefangene gemacht und 20 Geschütze erbeutet wurden.

Wenden wurde durchschritten. Unsere Truppen stehen vor Wolmar.

Zwischen Dünaburg und Pinsk sind wir im Vordringen nach Osten.

Heeresgruppe Linsingen.

Die Bewegungen gehen vorwärts. An der ganzen Front werden wichtige Bahn- und Straßenknotenpunkte besetzt.

Rowno wurde vom Feind gesäubert.

Die Beute läßt sich noch nicht annähernd übersehen.

Bisher wurden gemeldet:

An Gefangenen: Ein Kommandierender General und mehrere Divisionskommandeure, 425 Offiziere und 8700 Mann.

An Beute: 1353 Geschütze, 120 Maschinengewehre, 4—5000 Fahrzeuge, Eisenbahnzüge mit etwa 1000 Wagen, vielfach mit Lebensmitteln beladen, Flugzeuge und sonstiges unübersehbares Kriegsgerät.

*

Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 20. Febr. (Amtlich). Im westlichen Mittelmeer erzielten unsere U-Boote neue Erfolge gegen den italienischen Transportverkehr.

23000 B.-R.-T. feindlichen Handelsschiffsraumes wurden von ihnen vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der italienische Dampfer „Harlaw" mit Kohlen von Marseille nach Livorno, die bewaffneten englischen Dampfer „Namminster", „Abby" (3114 Bruttoregistertonnen), „Sturion" (4406 Bruttoregistertonnen) und „Celia" (5004 Bruttoregistertonnen), der englische Dampfer „Abukir" (3660 Bruttoregistertonnen) und der italienische Segler „Volonta di Dio", dieser mit Kartoffeln nach Tunis. Vier von den versenkten Dampfern wurden aus ein und demselben gesicherten Geleitzug, einer aus Zerstörerdeckung herausgeschossen.

Von dem bewaffneten italienischen Dampfer „Harlow" und dem englischen Dampfer „Abukir" wurden die Kapitäne als Gefangene eingebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Nahrungsmittelnot in England.

WTB. Bern, 21. Febr. Der allmählich immer drückender werdende Nahrungsmittelmangel in England, unter dem besonders die Mittelklassen stark leiden, findet in den Heimatbriefen an die Frontsoldaten Ausdruck. Der Frontberichterstatter des Manchester-Guardian richtet daher an die Briefschreiber der beunruhigenden und sogar quälenden Berichte über ihre Nahrungsmittelschwierigkeiten an die Frontsoldaten, die Mahnung, solche, die Frontsoldaten niederdrückenden Mitteilungen zu unterlassen.

Vor und hinter den Kulissen des Bolo-Prozesses.

Von Alfred Bratt.

Der Bolo-Prozeß, der eine Woche lang nicht nur das Pariser Kriegsgericht, sondern ganz Frankreich und in nicht geringem Maße auch die Oeffentlichkeit außerhalb der französischen Grenzen beschäftigte, hat mit der Verkündung des Todesurteils seinen Abschluß gefunden. Seinen erstmaligen Abschluß. Denn es ist anzunehmen, daß die Justizbehörden sich zu einem Revisionsverfahren werden bequemen müssen. Ob dies aber andem Urteil etwas ändern wird, bleibt sehr fraglich. Dies liegt im Charakter der Affäre selbst, die nicht allein aus sich heraus entstand, sondern zu einem erheblichen Teil gemacht wurde.

Das moderne Frankreich hat — neben zahllosen Boulevard-Affären, bei denen es sich zum Teil um Alkovengeschichten, zum Teil um sog. „gemeine Verbrechen" handelte (z. B. die Sache Therese Humbert) — zwei große Affären gekannt: den Panama-Skandal und den Dreyfus-Prozeß. Im Panama-Prozeß sollte aus militärisch-innerpolitischen Gründen an dem unschuldigen jüdischen Hauptmann Dreyfus ein Exempel statuiert werden.

Der Vergleich zwischen Dreyfus und Bolo-Pascha stimmt insofern nicht ganz, als Dreyfus in jeder Beziehung eine unantastbare Persönlichkeit war, während es sich bei Bolo erwiesenermaßen um eine Abenteurernatur handelt. Und doch gibt es einen Punkt, in dem die Fälle sich vergleichen lassen. Beide waren des Hochverrats angeklagt, bei Beiden hatte das Gericht schon vor Beginn der Verhandlungen von hoher Stelle den Befehl erhalten, nicht zu urteilen, sondern zu verurteilen.

Bolos Hochverratsverbrechen soll darin bestehen, daß er mit feindlichen Millionen verschiedene große französische Blätter — namentlich das „Journal" — zu Sprachorganen der Zentralmächte gemacht habe. Ohne den geringsten Einblick in die Akten zu haben, kann man erklären, daß dies niemals geschehen ist. Niemals hat eine französische Zeitung auch nur eine Silbe gedruckt, die der deutschen Sache hätte nützen können. Das Material für den Ankläger besteht lediglich aus Briefen und von Zeugen beglaubigten Gesprächen, aus denen hervorgeht, daß Bolo vor dem ägyptischen Exkhediven Millionen erhalten hat und daß er diese Summen zum Teil in französischen Zeitungsaktien anlegte. Wenn erklärt wurde, der Exkhedive arbeite gegen Frankreich, so ist dies lediglich eine Behauptung. Eine nicht bewiesene Behauptung ist es auch, daß Bolo die Zeitungsaktien gekauft habe, um die Presse in deutsche Dienste zu stellen. Die als Zeugen gerufenen Besitzer und Leiter der betreffenden Blätter haben vielmehr erklärt, daß Bolo niemals auf Inhalt oder Richtung dieser Blätter Einfluß zu nehmen versuchte. In mehreren

Fünftes Symphoniekonzert der Großh. Hofkapelle.

St. Liszt und Brahms standen neben zwei Erstaufführungen auf dem Programm des fünften Symphoniekonzertes. Von Brahms wurde die dritte Symphonie gespielt, von Schubert-Liszt die Wanderer-Phantasie. Dort: echte, aus dem Innersten, aus reinem Herzen quellende Musik. Hier die reine Negation derselben: ein riesiges Machwerk, bestimmt um zu blenden und zu betäuben. Nirgends tritt der Mangel an musikalischer Gestaltungskraft, an großen von innen heraus bewegten und bewegenden Ideen so deutlich zu Tage, wie bei dieser Liszt-Verarbeitung. Diese welschen Brutalitäten und Trivialitäten decken den armen Schubert fast vollständig zu, was noch übrig bleibt, ist ein Zerrbild. Konrad Ansorge spielte die Wanderer-Phantasie und später noch zwei Chopinwerke. Ansorge ist bekannt als guter Chopinspieler. Seine Haupttugenden bewährten sich besonders bei der As-Dur-Polonaise: der samtweiche Anschlag, der im Forte nichts von seiner Elastizität verliert, die feine Ausarbeitung des Details, die poetische Phrasierung, die große Klarheit und keine schwärmerische Ausdeutungen. Auch das Impromptu hat Ansorge hervorragend schön gespielt. Ansorge hätte uns auch gestern eines seiner eigenen Werke interpretieren sollen, zumal noch zwei „Neue" auf dem Programm standen, mit denen seine Kunst und Art Fühlung hat. Ansorge hat als Liederkomponist den Mut gefunden, Stephan George zu vertonen. Zu „Mir ist, als ob ein Blick im Dunkeln glimme — so bebend wähltest du mich zum Begleite" machte er eine stimmungsvolle motivische Begleitung. Auf dieses Ansorgesche Lied wurde lange als Wendepunkt in der modernen Lyrik hingewiesen. Der Kampf ruhte. Ansorge hat mit seinem A-Dur-Quartett wieder die Streiter auf den Plan gerufen. Um das Wesen dieser Arbeit zu kennzeichnen, wurde das Schlagwort: „musikalischer Impressionismus" geprägt. Die modernen Franzosen hatten es Ansorge angetan. Sein Quartett ist eine feine Arbeit für Ohren von Musikästheten bestimmt, das was aber den endgültigen Wert aller Musik ausmacht, den „tonlichen Erfindungsgehalt", fehlt ihr

Széll beherrscht die einzelnen Faktoren, so daß sie ihre volle Wirkungsfähigkeit zu entfalten mögen und uns veranlassen, aufzuhorchen. Széll kommt von Strauß. Man merkt, daß ihn die moderne Kultur genährt hat. Können und Wissen, Wollen und Vollbringen reichen sich in ihm die Hände. An den Széllschen Variationen springt die Einheitlichkeit besonders in die Augen. Daß endlich auch einmal einer kommt, der sich als Kind seiner Zeit bekennt, darf nicht wunder nehmen. Széll trägt wie Strauß die reichsten, stärksten Gegenwartswerte in sich. — Reger ist leider nicht mehr. Dort wo Strauß fehlgreift, ist es nicht allein seine Schuld, sondern der allgemeine Defekt der Gegenwart muß dafür mit verantwortlich gemacht werden. Strauß und Széll haben sich los von Wagner machen können. Alle unsere Modernen, die ihr Heil in Bayreuth suchten, konnten ihr Ideal nicht erreichen und unterlagen. Brahms, der Verspottete, konnte sich des „Zaubers erwehren" und fand den Weg, den bis heute keiner wieder fand. Seine F-Dur-Symphonie gehört zum Bedeutendsten und Vollkommensten in der Musik, was uns nach Beethoven geschenkt worden ist. Das ist durchaus gesunde Musik, ungequält und ursprünglich. Brahms bleibt in all seinen großen Werken siegreicher Herr seines Stoffes, der nirgends zu bloser Stimmung verwässert, sondern durch die strenge Logik des Gedankens zusammengehalten wird. Es ist dies für den Symphoniker wohl die wichtigste und schwierigste Kunst. Daß sie M. J. Erb nicht eignet, merkt man an seiner Ouvertüre zu der Oper „der glückliche Taugenichts". Er will symphonisch kommen, ergeht sich aber nur in Wiederholungen und kann kein Ende finden.

Herr Lorentz hat gestern die Brahmssymphonie mit kräftig pulsierendem Leben erfüllt, und dabei die Stilgrenzen gewahrt. Es war eine in allen Teilen meierliche Wiedergabe. Wiederum gelang es auch Herrn Lorentz den Gehalt neuerer Werke erschöpfend darzustellen, deren Reproduktionsstil nicht schon so fest steht, wie der einer Brahmssymphonie. Széll und Erb dürfen Herrn Lorentz und unserm Hoforchester für die sorgsame, hingebende Wiedergabe dankbar sein. Sämtlichen Darbietungen wurde reicher Beifall zu teil, an dem sich auch der Großherzog und die Großherzogin beteiligten.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

‡ **Die Uraufführung einer spanischen Komödie.** Aus Frankfurt a. M. schreibt man uns: Es darf als ein höchst verdienstvolles Unternehmen bezeichnet werden, daß unser Schauspielhaus die deutsche Uraufführung der dreiaktigen Komödie „Die Schule der Prinzessinnen" des in seinem Vaterland sehr geschätzten spanischen Dichters Jacinto Benavente herausbrachte. Das Stück selbst stellt ein freudiges Bekenntnis zum Gedenken einer spanisch-deutschen Freundschaft dar. Ein deutscher Prinz, Albert von Schwaben, der am Hof des Königs Gustav Adolf von Albanien erscheint, um eine der Prinzessinnen des Hofes als Gemahlin heimzuführen und so die Beziehungen zwischen seiner Heimat und Albanien inniger zu verknüpfen, wird zum Erzieher der Prinzessinnen, indem er vor allem einer von ihnen, der Prinzessin Konstanze, zur Ueberzeugung verhilft, daß es kein höheres Gebot gibt, als der Pflicht zu gehorchen, die aus den Staatsnotwendigkeiten erwächst. Der Einzelne, zu welchem Kreis, zu welcher Schicht auch immer er zählen mag, muß sich selbst und seine Neigungen den Staatsrücksichten unterordnen. Dramatisch und literarisch gehört die von Max Brausevetter mit Rudolf Lothar für die deutsche Bühne übersetzte und bearbeitete Komödie wohl nicht zu den reifsten Arbeiten des spanischen Dichters, obschon auch sie im Dialog recht beträchtliche Qualitäten besitzt. Die politische Note, die ihr eignet, läßt sie indessen besonders berufen erscheinen, der Idee der deutsch-spanischen Freundschaft auch in breiteren Kreisen Freunde zu erwerben. Die Aufführung mit Kitty Aschenbach und Carl Ebert in den führenden Rollen erwies sich des Werkchens würdig. Der Beifall, mit dem eine die Räume des Schauspielhauses bis auf den letzten Platz füllende Zuhörerschaft, unter der man auch zahlreiche Vertreter aller Behörden bemerkte, die Komödie aufnahm, war sehr freundlich und herzlich.

× **Girardis Burgtheaterweihe.** Aus Wien wird uns geschrieben: Das war die erste große Theatersensation dieses Jahres: Girardi spielt im Burgtheater. Alexander Girardi, der Xandl, der Meister des Wiener Humors, der innigste, beste

Fällen hat er sogar chauvinistische Artikelserien durch Aufmunterung gefördert.

Um sich ein klares und einigermaßen übersichtliches Bild von der ganzen Sache zu machen, die für das heutige Frankreich in höchstem Maße symptomatisch und daher von großem allgemeinem Interesse ist, muß man die Bühne des Prozesses betreten, um die Hauptszenen im Fluge zu verfolgen.

Das Kriegsgericht setzte sich aus sieben von der Regierung ernannten Militärrichtern zusammen, unter Vorsitz des Clemenceau-Anhängers Oberst Voyer. Zum Ankläger ernannte man den Regierungskommissar Leutnant Mornet, der sich als ein Justizbeamter von überlegener Schärfe und Geschicklichkeit erwies. Zum Unglück für den Angeklagten Bolo entpuppte sich sein Verteidiger Maitre Salles als ein außerordentlich schwacher Redner, der sich überdies — wohl aus Angst vor der chauvinistischen Meute — die größte Zurückhaltung auferlegte.

Die Folge der Zeugenaussagen wurde so angeordnet, daß nach einem Entlastungszeugen immer 2—3 Belastungszeugen auftraten. Als ein höchst wirksames Mittel wurde die chauvinistische Presse in Dienst genommen, die für die nötige „Stimmung" sorgte, indem sie bei den einzelnen entlastenden Zeugenaussagen stets das Urteil vorweg nahm und die Aussagen verdammte, noch ehe sie ausgesprochen waren.

Die sensationellsten Zeugenauftritte waren die von Joseph Caillaux, von Bolos erster Gattin, Frau Soumaille, von Bolos zweiter Gattin, Frau Muller, von Bolos Bruder Monsignore Bolo und von Herrn Casella, Mitarbeiter des „Matin". Zur Charakteristik des Letztgenannten, der zum Kronzeugen wurde, sei in aller Kürze folgendes vermerkt: Casella ist jung, unbekannt und ehrgeizig. Sein Blatt ist dem „Bolo-Blatt" — „Journal" feindlich gesinnt. Endlich — er hat vor seiner Zeugenaussage eine geschlossene Beratung mit dem gesamten Gerichtshof abgehalten. Die Aussage der ersten Gattin war ungünstig. Die der zweiten äußerst günstig. Natürlich wurde sofort erklärt, daß die jetzige Gattin „selbstverständlich" Bolos Partei nehmen „müsse". Aber ist es dann nicht ebenso selbstverständlich, daß die erste, verdrängte Gattin gegen Bolo Partei nehmen muß?

Caillaux' Aussagen waren kurz und sachlich. Frei von Schönrednerei und falscher Dramatik. Sie gipfelten in der stolzen Erklärung: „Die Leute, die in Bolos Glanzzeit skrupellos bei ihm gespeist und ihn angepumpt haben, wenden sich jetzt „vorsichtig" mit moralischem Schauder von ihm ab. Ich würde mich für feige und charakterlos halten, ich würde mich vor mir selbst schämen, wenn ich das Gleiche täte!"

Der Hauptzeuge der Verteidigung war Monsignore Bolo, der Bruder des Angeklagten, ein Prediger von großem, tadellosem Ruf. Die Pressekommentare führten ihn mit der „unparteiischen" Bemerkung ein: „Der Prediger Bolo könnte als Text die Worte der Schrift nehmen: Der Bruder, den sein Bruder verteidigt, ist wie eine Festung. Aber die Festung, die der Monsignore schützen will, ist bereits zu arg zerschossen!"

Der Prediger Bolo hat als Einziger in diesem Prozeß den juristischen Kern erfaßt, indem er die Theorie der „Unmöglichkeit des Verbrechens" entwickelte: „Man vergißt, daß es in Frankreich eine Zensur gibt!" rief er aus. „Zeitungen kaufen, um in Frankreich eine deutsch-freundliche Propaganda durchzuführen, ist dasselbe, wie wenn ein Musiker ein Klavier kaufte, dessen Saiten vorher durchschnitten wurden!"

Zum Schluß aber verwies der Ankläger Mornet auf die zahllosen gefallenen französischen Soldaten; die Richter fällten daraufhin automatisch das von Haus aus festgesetzte Urteil, und der Pöbel brüllte: „A mort!"

Dieses „A mort" aber mag Herr Clemenceau, dessen Haß keine Grenzen kennt, wie ein Urteil über Caillaux geklungen haben. Denn Bolo ist nicht mehr und nicht weniger als ein Mittel gewesen, den ehemaligen Ministerpräsidenten Caillaux zu vernichten.

Ob dies gelingen wird, bleibt abzuwarten. Caillaux ist der geschickteste diplomatische Schachspieler in ganz Frankreich, und seine Partei der Friedensfreunde wächst von Tag zu Tag.

Eine falsche Verdächtigung.

WTB. Berlin, 20. Febr. Unter der Ueberschrift „Eine falsche Verdächtigung" schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Die „Deutsche Tageszeitung" wendet sich gegen Auslassungen der schwedischen Zeitung „Nya Daglight Allehanda" und übt dabei eine Kritik an der deutschen Gesandtschaft in Stockholm, indem sie gleichzeitig andeutet, daß der Artikel der „Allehanda" seinen Ursprung, wenn auch indirekt, in der deutschen Gesandtschaft in Stockholm haben dürfte, und daß die Gesandtschaft die Mitteilung der „Allehanda" der deutschen Presse zu übermitteln sich beeilt habe. Wir sind ermächtigt, diese Andeutung als haltlos hinzustellen und möchten hinzufügen, daß derartige Angriffe nicht dazu dienen können, das Ansehen unserer diplomatischen Vertretungen im Ausland zu erhöhen und ihre schwierige Arbeit zu erleichtern.

Der deutsche Fliegerangriff auf London.

WTB. London, 21. Febr. Der englische amtliche Bericht meldet: Der Gesamtverlust bei dem Luftangriff in der Sonntagnacht beträgt 19 Tote und 34 Verwundete.

Mensch, der Mann, dessen Spiel Ereignis und Erlebnis wird, wo immer es sich wahrhaft gnadenspendend entfaltet, ist aus dem Pappreich der Vorortbühne in den Glanz eingezogen, der in des Kaisers Haus am Platze ist. Seit Wochen hat man nun in Wien mehr noch von Girardis Burgtheaterweihe, als vom Frieden gesprochen, und es wurde sogar boshaft behauptet, wenn Girardi Portier im Kunsthistorischen Museum würde, dann würden die Wiener sogar ihre Gemäldegalerie besuchen, nur, weil der Girardi dort ist. . . . Wahrhaftig, das Burgtheater ist plötzlich Trupf, die nächsten 30 Vorstellungen des „Bauer als Millionär" sind ausverkauft. Ueber seinen Fortunaturs Wurzel ist nichts weiter zu schreiben, als dies: Girardi spielte, wie nur er spielen kann, er spielte sich selbst! Altwienerische Kultur und Herzenshelligkeit war um ihn, die Vornehmheit des Menschen, der aus Possengeländen heimgefunden hat. In ihm war Zeit, Farbe, Ton und Glanz der seligen Raimundzeit. Fremd und steif wirkten die rings um ihn in diesem verfeinerten, preziös gemachten Alt-Wien. Er war auch hier in vielfachem Sinne der Einzige. Und so wurde sein Burgtheater-Einzug ein Ereignis — ein wienerisches nur, aber doch ein Ereignis geläuterter Kunst.

× **Prinz Eugen der edle Ritter als — Operettenheld.** Die Autoren der vielgespielten Operetten „Försterchristl" und „Musikantenmädel", Bernhard Buchbander und Georg Jarno, hatten mit der Uraufführung ihrer neuen Operette „Jungfer Sonnenschein", ein Jugenderlebnis Prinz Eugens behandelnd, in der Hamburger Volksoper einen durchschlagenden Erfolg.

* **Das Grab Tolstois geschändet.** Aus Stockholm wird gedrahtet: Nach der Vernichtung des Tolstoi gehörigen und jetzt durch seine Witwe verwalteten Gutes Jasnaja Poljana hat eine verbrecherische Bande das Grabmal Tolstois vernichtet und den Sarg geöffnet, in der Hoffnung, darin wertvolle Juwelen zu finden. Der Sarg wurde herausgeholt und nach der Durchsuchung vor dem Grabe stehen gelassen.

Das russische Chaos.

Das Los der Kriegsgefangenen.

* Budapest, 20. Febr. In einer Konferenz der Regierungspartei gab der Ministerpräsident, über das Los der russischen Kriegsgefangenen in Rußland befragt, eine Schilderung der russischen Zustände. Er erklärte, daß in den unter der Herrschaft der Bolschewisten stehenden Gebiete die gesellschaftliche und politische Ordnung völlig aufgelöst sei. Die Herrschaft der Bolschewisten dehne sich auf die Umgebung von Petersburg und Moskau aus. — In den übrigen Teilen Rußlands sei kaum eine Aenderung eingetreten. Die Regierung treffe alle Maßnahmen zur Linderung des Loses der Kriegsgefangenen. Er hoffe, daß die militärische Demarche, die jetzt von deutscher Seite unternommen werde und wie sie vielleicht, wenn auch nicht in Rußland, so doch in der Ukraine auch von Oesterreich-Ungarn erfolgen könne, die Lage lindern und klären werde und daß man im Stande sein werde, den traurigen Zuständen bald ein Ende zu machen.

*

Neutrale Urteile über die Lage in Rußland.

O Bern, 20. Febr. Die gesamte schweizerische Presse gibt eingehende Schilderungen der Zustände in Rußland. Das „Journal de Geneve" schreibt: Die innere Lage in Rußland ist fürchterlich. Wir erhalten Nachrichten über die skandalösen Handlungen der Bolschewisten, die das grausamste und herrschsüchtigste aller Regime, die Anarchie, eingeführt haben. Die Männer, die ihr Land zu Boden werfen und es den inneren Krisen und den gierigen Händen der Feinde ausliefern, wollen der Ukraine nicht gestatten, daß sie in Ordnung lebt. Sie führen für ihre Ideen eine zügellose Propaganda, bekämpfen sogar den Boden, den sie für den Ackerbau unbrauchbar machen wollen. Das Blatt zitiert die jüngsten Aeußerungen des Prinzen Max von Baden, daß man der Weltunordnung der Bolschewisten die Weltordnung entgegen setzen müsse und fügt hinzu, es wäre wünschenswert, daß alle großen Nationen sich vom Geiste der Nächstenliebe und Gerechtigkeit inspirieren ließen. Von zwei Uebeln müsse man das Geringere wählen, und so hätten die Finnländer, die die Soldaten des Kaisers den Bolschewisten vorzögen, Deutschlands Hilfe angerufen.

* Kopenhagen, 19. Febr. Zum Ablauf des deutsch-russischen Waffenstillstands schreibt „Berlingske Tidende": Die Mittelmächte können, nachdem sie den Getreidefrieden mit der Ukraine beschlossen haben, nicht zugeben, daß die Bolschewisten in der Ukraine die Getreidevorräte vernichten, die Saatfelder verwüsten und den Warenaustausch zwischen den Mittelmächten und der Ukraine verhindern. Die Deutschen können nicht zugeben, daß die livländische Ritterschaft und die anderen Deutschen in Livland und Estland durch die Roten Banden mit der Ausrottung bedroht werden. Vor allem aber kommt in Betracht, daß die bolschewistische blutige Anarchie, wenn sie erst die Ostseeprovinzen und Finnland vernichtet hat, selbst wie eine Epidemie, die jede europäische Kultur tötet, sich weiter verbreitet. Deutschland steht moralisch besonders stark da, wenn es diesen Kampf aufnimmt. Es ist ein Kampf zum Schutze der Kultur, der Bildung, und der Menschenwerterte. Es ist ein Kampf, der von vornherein Aussicht hat, von den neutralen Staaten und vielleicht auch eine Strecke in die feindlichen hinein mit Sympathie begleitet zu werden.

*

Die Lage in Esthland.

O Stockholm, 20. Febr. Nach Meldungen aus Reval sind die baltischen Barone in Esthland von den Sovjets der Arbeiter und Soldaten für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt und verhaftet worden. Nach einer Depesche machte der Volksbeauftragte für Justiz die Sovjets von Reval darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig sei, einen ganzen Stand ohne Prüfung der persönlichen Vergehen außerhalb des Gesetzes zu stellen. Der Volksbeauftragte verlangte eine eingehende Untersuchung und ein Verfahren, welches den revolutionären Vorstellungen mehr entspreche. Der deutsche Adel und der Kapitalismus hätten 12 Jahre lang, von 1878 bis 1890, die gesamte deutsche Arbeiterklasse als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt und Tausende von Familien in Armut gestürzt. Die russische Revolution werde nicht den Sieg der Ausrottung ganzer menschlicher Kategorien verfolgen. Sie bestrafe Personen, die gegen die revolutionären Interessen verstoßen, aber ihr Hauptziel bestehe in der Vernichtung von Einrichtungen, welche die Arbeitermassen unterjochten.

*

Die Polen und die Ukrainer.

* Wien, 19. Febr. Ein Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse" hatte eine Unterredung mit dem Mitglied der ukrainischen Friedensdelegation Sevrjuk, der u. a. erklärte, daß die Forderungen der Polen bezüglich des Cholmer-Landes wohl zu weitgingen, aber die Ukraine wolle auch in dieser Frage Entgegenkommen beweisen und es der Bevölkerung von Cholm anheimstellen, durch ein Plebiszit zu bekunden, zu welchem Staate sie gehören wollen. Voraussetzung sei jedoch, daß die zahlreichen russischen Landwirte, die von den Russen verschleppt oder vertrieben wurden, oder jene, die im russischen Heere dienen, in das Cholmer Gebiet zurückgekehrt seien.

);(London, 20. Febr. Der liberale „Manchester Guardian" schreibt zu dem Protest Polens gegen den Vertrag mit der Ukraine, die Beschwerde gründe sich darauf, daß die Mittelmächte Gebiete als zur Ukraine gehörend anerkennen, die als zu Polen gehörig beansprucht werden. Die polnischen Beschwerdeführer bezeichnen diese Gebiete nicht näher und das ist leicht verständlich, denn die verschiedenen Parteien haben verschiedene Ansichten hinsichtlich dessen, was die Grenze Polens sein soll. Es gibt z. B. Polen, die behaupten, daß die ganze Ukraine und Litauen zu Polen gehören, weil sie zu einem gewissen Zeitpunkt der Weltgeschichte in der einen oder anderen Weise der polnischen Krone angegliedert waren. Andererseits beansprucht die Dmowski-Gruppe, die unglückseligerweise in unserem Foreign Office Sympathien genießt, großrussische Provinzen für Polen. Man wird bemerkt haben, daß die im Aufstand gegen die Bolschewiki befindliche Polenlegion die russische Provinz Mohilew als polnisch proklamierte. Aber wogegen jetzt alle Polen protestieren, ist der Anschluß des Gouvernements Cholm an Ukraine. Cholm wurde an das Königreich Polen angeschlossen, das gemäß des Wiener Kongresses errichtet, aber 1913 durch kaiserlichen Ukas abgetrennt und als russische Provinz verwaltet. Dieser Akt, gegen den damals die Polen protestierten, wird jetzt von den Mittelmächten sanktioniert. Die Bevölkerung ist angeblich überwiegend ukrainisch, und wenn dem so ist, so liegt keine besondere Sünde gegen die Nationalität vor. Die Zeitung meint daraufhin, daß schwerlich dieser ethische Beweggrund für den Entschluß der Mittelmächte ausschlaggebend gewesen sei, sondern die Absicht, die Ukraine an dem Haß Polens gegen Preußen und Oesterreich nicht teilnehmen zu lassen. Das Blatt schließt: Wenn Cholm wirklich der Rasse nach mehr ukrainisch als polnisch ist, so würde die Tatsache, daß der Streik der Polen mit der Ukraine kaum begründet wäre, weniger wichtig sein als der Umstand, daß Polen ihn als wohlbegründet ansieht.

Schriftliche Bestätigung des russischen Friedensangebotes.

)(Berlin, 21. Febr. (Priv.-Tel.) Wie wir hören, sind die russischen Volkskommissare der Aufforderung, ihr Friedensangebot schriftlich zu bestätigen, gestern nachgekommen. Das bezügliche Schreiben hat unsere Linien inzwischen passiert. Damit dürften auch die seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchte von einem Sturz der Regierung Trotzki und Lenin hinfällig sein.

Das Friedensangebot der Petersburger Regierung und die Parteien.

O Berlin, 21. Febr. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen Berlins laut „Südd. Ztg." allgemein an, daß der Druck unserer Waffen die Lage der maximalistischen Regierung außerordentlich erschwert hat. In allen Parteien geht die Ansicht um, daß die Regierung sich nicht lange zu überlegen braucht, ob sie die neue Anregung zu Verhandlungen aufnehmen soll oder nicht. Nur darin bestehen geteilte Meinungen, wie unsere Regierung aufzutreten hat. Während die Rechte von ihr verlangt, daß sie sofort, ehe die Verhandlungen ihren Anfang nehmen, jede weitere Verschleppung sich verbitte, will ein Teil des Zentrums, die Fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokratie den Bolschewiki mehr Vertrauen entgegenbringen und der Regierung erst dann zu einer offenen Sprache raten, wenn sich neuerdings wieder Verschleppungsabsichten der Russen kundtun. Auch über die Frage, ob bei einer neuen Verhandlung unsere Operationen im Osten sofort eingestellt werden müßten, wird viel gesprochen und auch hier vertreten die Nationalliberalen bis zu den Konservativen den Standpunkt, daß auf keinen Fall unser Vormarsch eher eingestellt werden dürfe, ehe nicht die neuen Verhandlungen ergeben haben, daß Trotzkis Regierung es nun wirklich ernstlich mit dem Frieden nimmt, wogegen viele Angehörige des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei für einen sofortigen Waffenstillstand sprechen, der sogar ohne vorheriges Uebereinkommen eintreten könnte dadurch, daß unser Vormarsch einfach stehen bleibe. Man hat zu Kühlmann das Vertrauen, daß er den rechten Weg gehen wird, und glaubt, daß die Verhandlungen mit Rußland, wenn sie wieder aufgenommen werden, von den Verhandlungen mit Rumänien getrennt geführt werden. Von verschiedenen Seiten wurde Riga als der neue Verhandlungsort genannt.

Die Ausdehnung der Landsturmpflicht in Oesterreich.

WTB. Wien, 21. Febr. Das Abgeordnetenhaus beschloß, dem Wehrausschuß eine vierwöchige Frist für die Berichterstattung über die kaiserliche Verordnung vom 1. Mai 1917 betreffend die Ausdehnung der Landsturmdienstpflicht auf 42 bis 50 Jahre zu setzen. Vorher fand eine Besprechung des Ministerpräsidenten und des Landesverteidigungsministers mit den Parteivertretern über diese Frage statt.

Portugal.

WTB. Lissabon, 21. Febr. (Havas.) Im Ministerrat wurde vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten festgestellt. Der Ministerrat beschloß binnen Kurzem zur Wahl eines Präsidenten der Republik durch direkte Abstimmung zu schreiten. Er soll gleichzeitig Abgeordnete und Senatoren mit besonderen Vollmachten zur Revision der Verfassung auswählen.

Die preußische Wahlreform.

O Berlin, 20. Febr. Im Wahlrechtsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses erklärte der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, es sei die Frage aufgetaucht, wie seine Antwort auf die Anfrage des nationalliberalen Abgeordneten betr. die Stellung der Staatsregierung zu den Pluralstimmen, die sich auf Besitz oder Einkommen gründeten, zu interpretieren sei. Bei der Ausdeutung, die seine Worte in der Presse gefunden hätten, wundere es ihn nicht, daß Mißverständnisse entstanden seien. Er habe auf die Anfrage erwidert, daß die Prüfung dem Staatsministerium vorbehalten bleiben müsse. Diese Prüfung habe inzwischen stattgefunden. Die Staatsregierung sehe eine Zusatzstimme für Alter und Familienstand nicht für eine Verbesserung an. Es werde dadurch das Gefühl der Ungleichheit von neuem erweckt. Schon daher müsse die Regierung dringend davon abraten, sich auf diesen Boden zu stellen. Die Zusatzstimme für selbständige Erwerbstätigkeit halte die Regierung für eine verdeckte Besitzstimme, da für die Selbständigkeit ein fundierter Besitz vorhanden sein müsse. Der Vorschlag stehe im Widerspruch zu der Regierungsvorlage. Gegen die Bildungsstimme beständen zwei Einwände. Sie entfalte ein gewisses pekuniäres Element, denn im allgemeinen hänge es von dem Einkommen der Eltern ab, ob sie den Kindern eine höhere Bildung angedeihen lassen könnten. Es sei aber auch eine Ungerechtigkeit, diejenigen zu benachteiligen, die von Hause nicht in der Lage gewesen seien, sich eine höhere Schulbildung anzueignen, später aber durch Fleiß und Tüchtigkeit es zu einer höhern Bildung gebracht hätten. Diese Bildungsstimme sei daher richtiger als Vorbildungsstimme zu bezeichnen. Ihre Annahme würde auf weite Kreise der Bevölkerung aufreizend wirken. Der Vizepräsident schloß: Aus allen diesen Gründen vermag die Königl. Staatsregierung in den angedeuteten Vorschlägen eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erblicken. Sie werden die Zwecke, die der Antragsteller im Auge hat, nicht fördern, sondern teils unerwünschte Ungleichheiten in die Vorlage hineintragen, teils das Wahlrecht viel stärker demokratisieren als der vorliegende Gesetzentwurf. Dazu kommt noch eine weitere Erwägung: Die Vorschläge sollen durchgeführt werden auf Grund von Zusatzstimmen. Dadurch würde in weiten Kreisen unseres Volkes die Auffassung entstehen, daß die Grundlage des Gesetzentwurfs, das gleiche Wahlrecht, verlassen und auf ein Pluralwahlrecht zurückgegriffen werden soll. Das liegt aber nicht in der klar ausgesprochenen Absicht der Königl. Staatsregierung. Ich kann deshalb die Zustimmung der Königl. Staatsregierung zu den Vorschlägen des nationalliberalen Abgeordneten nicht in Aussicht stellen.

(Wie wir bereits im heutigen Mittagsblatt meldeten, hat der Wahlrechtsausschuß den konservativ-freikonservativen Antrag auf Gewährung eines Mehrstimmwahlrechts mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen und damit der Par. 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, für erledigt erklärt. Für den Antrag stimmten 12 Konservative, 4 Freikonservative, 4 Nationalliberale, gegen ihn die übrigen Mitglieder.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Landtag.

29. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

BNC. **Karlsruhe**, 21. Febr.

Präsident Kopf eröffnete um 9 Uhr 20 Min. die Sitzung. Das Haus setzte die Beratung

des Voranschlages des Ministeriums des Innern

fort.

Abg. Göhring (nat.-lib)

dankte zunächst den Beamten des Ministeriums des Innern mit dem Staatsminister an der Spitze für ihre Tätigkeit während des Krieges und fuhr dann fort:: Mit großem Interesse habe ich die Ausführungen des Abg. Muser gehört. Er ist aber dabei von Verhältnissen ausgegangen, die heute nicht mehr bestehen. So ist die Verschuldung der Landwirtschaft durch die guten Einnahmen im Kriege zurückgegangen. Dabei wollen wir nicht vergessen, daß ein gewisser Raubbau getrieben wurde, und nach dem Kriege manches Geld von der Sparkasse wieder geholt werden muß, um den Betrieb zu verbessern. Die Landwirtschaft und der Getreidebau muß geschützt werden, ihren Wert hat gerade der Krieg gezeigt. Denn sonst hätten wir die Ernährung während des Krieges nicht, wie dies bisher geschehen ist, durchführen können. Die Wissenschaft wird das ihrige dazu beitragen, die Landwirtschaft auf eine noch höhere Stufe zu heben. Der nationalliberale Antrag auf Errichtung eines landwirtschaftlichen Lehrstuhles an einer Hochschule ist darum besonders glücklich. Als Platz dafür ist besonders Freiburg geeignet. Zwischen Landwirtschaft und Industrie bestehen gute Beziehungen; ohne die chemische Industrie wäre die Landwirtschaft nicht so gediehen, wie sie sich entwickelt hat. Die Maschinen wirken dem Arbeitermangel in der Landwirtschaft entgegen. Umgekehrt wirkt die Landwirtschaft anregend auf die Industrie, indem sie jetzt Nesseln und Oelfrüchte anbaut. Die einmütige Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Industrie hat uns das Durchhalten erleichtert Beide müssen sich auch im Frieden gegenseitig stützen und fördern. Der Wohnungsfürsorge wenden wir unsere besondere Aufmerksamkeit zu. Wir sind einverstanden mit dem Baubund und dem Hypothekenversicherungsgesetz; die private Bautätigkeit darf aber nicht vernachlässigt werden. Säuglingsfürsorge und Wochenhilfe haben günstig gewirkt; sie sollen darum nach dem Kriege beibehalten werden. Der großen Verdienste, die sich Geh. Rat Dr. Bittmann beim Gewerbeaufsichtsamte erworben hat, gedenken wir ebenfalls mit Anerkennung. Seinem Nachfolger Geh. Rat Föhlisch bringen wir Vertrauen entgegen.

Eine der traurigsten Erscheinungen in der letzten Zeit war der Streik, der eine Versündigung an unserem Vaterlande darstellt. Der Behauptung, daß die Industrie den Arbeiterorganisationen feindlich gegenüberstehe, muß ich widersprechen. Die Fabrikanten verhandeln gern mit den Arbeiterausschüssen. Die geringen Löhne sind zu verurteilen, mitunter bestehen sie nur scheinbar, und hängen mit der Art der Auszahlung zusammen. Industrien, die in der Lage sind, ihren Arbeitern gute Löhne zu zahlen, sollten dies auch tun. Die Phantasielöhne werden hervorgerufen durch die große Nachfrage nach Arbeitern in den militärischen Industrien. Die hohen Löhne, die wir den Arbeitern nicht mißgönnen, haben leider vielfach zu falschen Ausgaben geführt. Die Lichtspieltheater, der Kauf der Schundliteratur wird gefördert durch zu viel bares Geld in den Händen der jungen Leute. Der Sparzwang wäre hier wohl am Platze.

Die verteuerte Lebenshaltung hat sehr ungünstig eingewirkt auf die Lebenshaltung der Privatangestellten. Der Unternehmer muß sie so bezahlen, daß sie während des Krieges durchkommen. Der Zivildienst sollte möglichst in der Heimat abgeleistet werden. Die Verteuerung der Gegenstände wird vielfach dem Umstande zugeschrieben, daß die Industrie zu hohen Nutzen nimmt. Dies ist meistens nicht der Fall. Die Unkosten sind bedeutend gestiegen, so z. B. in der Papierindustrie durch die Feierschichten, für die die Arbeiter entlohnt werden müssen.

Wir haben einen Antrag Krauth eingebracht über die Unterstützung der Gewerbetreibenden. Bei der Stillegung von Betrieben sollte man schonend vorgehen. Die Regierung muß bestrebt sein, daß die Ausfuhr von Waren später wieder erreicht wird. Die Zwangswirtschaft hat den freien Handel in der Kriegswirtschaft fast ausgeschlossen. Die Zeit nach dem Kriege wird sehr kritisch sein, weil die Einfuhr erschwert ist, außerdem besteht die Gefahr, daß unsere Valuta verschlechtert wird. Als Mittel dagegen kommt die Ausfuhr in Betracht. Durch die Ausfuhr müssen Devisen für die Regierung geschaffen werden.

Eine große Frage der Zukunft sind die Handelsverträge, wir können aber darüber heute noch nichts bestimmtes sagen. Es wurden Anträge eingebracht, daß zum Abschlusse von Handelsverträgen Beiräte für Gewerbe und Landwirtschaft herbeigezogen werden sollen. Ich habe es unterlassen, einen ähnlichen Antrag für die Industrie zu stellen, aber ich hoffe, daß die Regierung die Fachleute rechtzeitig hört. Von den Vertretern der Industrie und des Handels in der Ersten Kammer ist zu hoffen, daß sie dort die gleichen Forderungen erheben. Die Exportindustrie hofft, daß unsere Regierung sie besonders fördert, namentlich die Industrien, die keine Heereslieferungen hatten und während des Krieges notlitten. Nach dem Kriege wird für das Gewerbe besonders notwendig sein die Beschaffung der Kredite, der Rohstoffe, die Vermittlung von Aufträgen und die Beschaffung von Arbeitskräften, der Ausbau der Berufsberatung und die Förderung des Lehrlingswesens. Durch die Zwangswirtschaft wird auch dem Angestellten das Aufsteigen zur Selbständigkeit erschwert. (Beifall.)

Abg. Strobel (Soz.):

Den anerkennenden Worten für die Landwirtschaft schließen wir uns an. Leicht wird ihre Unterstützung nicht werden bei der Stimmung, die gegen die Landwirtschaft vorhanden ist. Diese vorgefaßte Meinung muß aber überwunden werden. Die Gründe, warum wir gegen Zölle sind, sind bekannt. Die Landwirtschaft sollte sich helfen durch Genossenschaften. Für die Arbeiter muß gesorgt werden, die großen Schaden an Gesundheit im Kriege erlitten haben. Die Leistungen der Arbeiter während des Krieges können nicht so groß sein, als während des Friedens. Richtig ist es jedoch nicht, daß zu hohe Löhne bezahlt werden. Das beste wäre, man würde die Rüstungsindustrie verstaatlichen. Der Sparzwang der Jugendlichen ist nicht notwendig. Die Ursachen des Streikes waren die Treibereien der Vaterlandspartei gegen den Verständigungsfrieden, der Reaktion in Preußen gegen die Demokratisierung, die Zensur und die mangelhafte Organisation der Lebensmittel. Der Streik ist durch den kommandierenden General in Berlin verlängert worden; das waren keine Kesseleien, sondern Eseleien. (Präsident Kopf: Das geht zu weit. Ich bitte den Redner, sich zu mäßigen.) Der Redner griff nun die unabhängige Sozialdemokratie an und kritisierte verschiedene Maßnahmen des Generalkommandos und der Regierung, wobei er eine Anordnung der Regierung als eine Schande bezeichnete. Dafür erteilte ihm der Präsident einen Ordnungsruf.

Abg. Weißhaupt (Ztr.)

beschwerte sich darüber, daß die Gegenden am Oberrhein und in der Seegegend zu sehr mit Einquartierungen belastet werden und brachte eine Anzahl Wünsche vor: das glatte Land sollte besser mit Aerzten und Tierärzten versorgt werden. Den Aerzten und Tierärzten sollte für ihre Automobile Benzin oder Benzol zur Verfügung gestellt werden. Durch den Friedensschluß mit der Ukraine werden zahlreiche russische Kriegsgefangene von den Landwirten fortkommen, es sollte für Ersatz gesorgt werden. Sehr mißlich ist die Frage der Holzversorgung und der Streuversorgung. Die Streckensperre sollte für Saatgut aufgehoben werden. Die Schutzzölle haben sich bewährt. Im Gegensatze zu dem Abg. Muser muß ich sagen, daß auf den großen Gütern in Norddeutschland schlecht gewirtschaftet wird. Allerdings könnte man auf den Gütern mehr Leute unterbringen. Die Meliorationen der Oedländereien will die Landwirtschaftskammer vornehmen; es ist deshalb ein Fehler, wenn der Abg. Muser den Regierungszuschuß streichen will. Die Hetze gegen die Landwirtschaftskammer geht vom Handel aus, weil sie dem Handel unbequem ist. Der Landwirtschaft muß Stickstoff in genügender Menge zugeführt werden.

Abg. Nieberbühl (natl.):

Zum Aufbau des Mittelstandes sind Beihilfen notwendig, die durch die mit Hilfe der Kreise geschaffenen Mittelstandskassen gegeben werden. Diese Kassen sind bereits organisiert worden. Die Genossenschaften müssen dem Wiederaufbau des Mittelstandes ihr Interesse entgegenbringen. Die Kreditgenossenschaften haben zwei Wurzeln, eine, die landwirtschaftliche, diese ist im Kriege nicht schadhaft geworden, die andere Wurzel steckt im städtischen Mittelstande; diese hat im Kriege notgelitten. Für den Mittelstand muß aber gesorgt werden, weil er ein wichtiger Bestandteil unseres Staatslebens ist. Die Mittelstandshilfe in Mannheim hat bereits ein eigenes Vermögen zusammengebracht und zahlreiche Genossenschaften haben Mittel dafür bereit gestellt. Die Kriegsunterstützungen sollten nicht allzu engherzig verliehen werden. Die Frauen der Handwerker haben vielfach ihr Bestes getan, um die Geschäftsbetriebe während des Krieges aufrecht zu erhalten, ihnen gebührt dafür Dank. Die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes schneidet tief in das Handwerk ein, mancher Handwerker mußte sein Handwerk verlassen und Stellung nehmen in einem kriegsindustriellen Betriebe, es ist vorgekommen, daß Handwerker, die selbständig waren, zu Arbeiten herangezogen wurden, die sie selbst in ihren Werkstätten hätten herstellen können. Im Zusammenhange mit dem Hilfsdienstgesetze steht die Zusammenlegung der Betriebe. Diese Maßnahme ist im Bäckereigewerbe durchgeführt worden, sie soll auch bei den Seifensiedern kommen. Bei solchen Eingriffen sollte man vorsichtig vorgehen. Das Handwerk hat sich während des Krieges gut geschlagen, es hat Leistungen vollbracht, die nicht hinter denen der Industrie zurückstehen. Die Handwerkskammern haben dem Handwerk Heereslieferungen zugeführt. Leider haben im Jahre 1917 die Heereslieferungen gegen früher nachgelassen, Baden hätte stärker berücksichtigt werden müssen, so hat Bayern mehr erhalten. Die Handwerker rechnen darauf, daß ihnen jetzt und nach dem Kriege Aufträge zugewiesen werden. Vielleicht sind ähnliche Einrichtungen zu treffen, wie sie in Bayern bestehen. In Mannheim und Karlsruhe wurde von den Handwerkskammern Wirtschaftsstellen gegründet, in Freiburg soll eine solche ebenfalls begründet werden. Mit der Ausstellung von Kleinwohnungsgegenständen ist die Handwerkskammer in Mannheim vorgegangen. Die Gewerbevereine, die Fachverbände und die Genossenschaften der Handwerker haben sich bewährt. Der genossenschaftliche Gedanke muß in den Kreisen des Handwerks weiteren Boden finden. Die Leimversorgung sollte anders geordnet werden. Die Aenderung des Submissionswesens, die vom Handwerk gewünscht wird, wird erfolgen. Die Rohstoffversorgung wird die Lage des Handwerks nach dem Kriege besonders erschweren. Von allen Rohstoffen muß dem Handwerke ein Teil sicher gestellt werden. Es scheint aber, daß Süddeutschland dabei nicht genügend berücksichtigt wird. In organisatorischer Beziehung steht das Handwerk in Baden am besten da. Die Regierung sollte schon jetzt dafür sorgen, daß das Handwerk nach dem Kriege genügend mit Rohstoffen versorgt werden wird. Die nach dem Kriege freiwerdenden Materialien sollten dem Handwerke zu billigem Preise zugänglich gemacht werden. Es muß verhütet werden, daß Großunternehmer die Waren aufkaufen und sie dann mit Gewinn an den Handwerker weiterverkaufen. Das Handwerk darf aber nicht alles vom Staate erwarten. Der Redner spendete dem Wirken des Landesgewerbeamtes, namentlich dem Regierungsrat Bucerius, Anerkennung und verlangte eine bessere Belieferung des Handwerks mit Holz. Der Regierung muß für das Handwerkerschulwesen Anerkennung gezollt werden. Der Redner brachte Wünsche der Gewerbelehrer vor. Die Zahl der ungelernten Arbeiter, fuhr der Redner fort, ist erschreckend groß geworden. Wenn wir aber den Wettbewerb gegenüber dem Auslande bestehen wollen, brauchen wir Qualitätsarbeiter. Es müßte mehr für die Lehrlinge geschehen; so sollte man in den größeren Städten Lehrlingsheime errichten. Ein Mißstand ist die schlechte Entlohnung der Lehrlinge. Zum Schlusse brachte der Redner noch eine Anzahl Mittelstandswünsche vor. (Beifall.)

Dem Abg. Venedey wurde Urlaub erteilt.

Der Präsident teilte mit, daß von dem Abg. Schöpfle (R. V.) und Gen. ein Antrag eingebracht wurde, in dem ersucht wird, die Sommerzeit in diesem Jahre nicht in Kraft treten zu lassen. Weiter ist eine kurze Anfrage des Abg. Müller-Eppingen (R. V.) eingegangen, wann die einmalige Beihilfe für Beamten ausbezahlt werden soll.

Das Haus vertagte sich auf morgen vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Aussprache.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 21. Februar 1918.

= **Eine patriotische Feier**, einfach, aber umsomehr von Herzen kommend, fand gestern nachmittag im Reservelazarett 3 und 5 (neue Gewerbeschule) statt. Aus Anlaß der goldenen Hochzeit des bayerischen Königspaares hatten sich die Insassen der genannten Lazarette, vorab die bayrischen Landsleute, zu einem kleinen Festakt versammelt, bei welchem des denkwürdigen Tages durch Ansprachen gedacht und die Feier durch deklamatorische Vorträge und Musikstücke der städtischen Schülerkapelle verschönt wurde. Zu der Feier hatte sich auch Großherzogin Hilda eingefunden.

= **Die Sommerzeit 1918.** Die Norddeutsche Allg. Ztg. schreibt: Die Erfahrungen, die man mit der Sommerzeit 1916 und 1917 gemacht hat, haben diesmal Veranlassung gegeben, die Sommerzeit, das heißt die Vorrückung der Uhr um eine Stunde, auch für 1918 anzunehmen und sogar erheblich zu erweitern. Während die Sommerzeit 1916 für die Zeit vom 1. Mai bis 30. September, für 1917 vom 15. April bis 16. September festgesetzt war, wird sie in diesem Jahre bereits am Ostermontag den 1. April, beginnen, und erst am Sonntag, den 14. Oktober, enden. Nach normaler Zeit geht die Sonne am 1. April um 5 Uhr 55 Minuten auf und um 6 Uhr 40 Minuten unter. Infolge Vorrückung der Uhr um eine Stunde erfolgt der Aufgang der Sonne erst um 6 Uhr 55 Minuten, der Untergang um 7 Uhr 40 Minuten. Die Sonnenaufgangszeit entspricht demnach den am 2. März herrschenden Verhältnissen, die Untergangszeit eilt der Normalzeit um 40 Tage voraus, denn normal geht die Sonne erst am 9. Mai um 7 Uhr 40 Min. unter.

= **Die Schwierigkeiten im Handarbeitsunterricht.** Obgleich die lehrplanmäßige Durchführung des Unterrichts in den weiblichen Handarbeiten mit dem zunehmenden Mangel an Materialien immer schwieriger wird, so liegt es doch im allgemeinen Interesse, daß dieser wichtige Unterricht weder ausgesetzt noch eingeschränkt wird. Das bad. Unterrichtsministerium hat deshalb in einem Erlaß die Handarbeitslehrerinnen angewiesen, ihren Unterricht den Zeitverhältnissen anzupassen, die Zimarbeiten soweit wie möglich zu unterlassen, dagegen das Flicken und Ausbessern gründlich vorzunehmen und den Schülerinnen Anleitung zu geben, wie sie sich mit Ersatzstoffen und mit Um- und Abändern behelfen können. Das Stricken soll mit Garnresten oder mit Papierstrickgern erfolgen.

= **Bekämpfung des Kupferschimmels.** Die „Karlsr. Ztg." schreibt halbamtlich: Nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 3. Sept. 1917 sind Gemeinden, in denen auf Auftreten von Getreidebrandarten oder Schneeschimmel (Fusarium) festgestellt ist, auf Anordnung des Bezirksamts gehalten, die erforderlichen Einrichtungen zum Beizen des Saatguts zu treffen. Die bedrohten Gemeinden sollen künftig nur verpflichtet sein, die Beizmittel zu beschaffen und sie den Landwirten zum Selbstkostenpreis zur Verfügung zu stellen. Bei der Unterlassung des angeordneten Beizens haben die Landwirte empfindliche Strafen zu gewärtigen. Da es da und dort noch vorkommen soll, daß Landwirte Kupfervitriol zum Beizen des Saatguts verwenden, sind die Bezirksämter angewiesen worden, daß die Verwendung von Kupfervitriol zu diesem Zwecke unterbleibt, denn es ist nicht angängig, daß Kupfervitriol zu einer Zeit, wo es nicht einmal für die Bekämpfung der Blattfallkrankheit der Reben vollständig ausreicht, zum Beizen von Saatgut verwendet wird., um so mehr, als hierfür geeignetere und billigere Stoffe zur Verfügung stehen.

Original-Gemälde. Auch an dieser Stelle möchten wir auf die Anzeige der Kunsthandlung Th. Otto Schwarz aufmerksam machen, worunter sich mehrere Neuheiten befinden.

= **Großh. Hoftheater.** Freitag den 22.: Erstaufführung: „Wölfe in der Nacht", Komödie von Thaddäus Rittner. Hauptrollen: Mathilde Ermarth, Hedwig Holm, Robert Bürkner, Rudolf Essek, Paul Paschen. Inszenierung: Dr. Rolf Roennebe. Das Werk dieses modernen Komödiendichters hatte vor Jahresfrist in Dresden, vor kurzem in Frankfurt einen starken Erfolg beim Publikum.

Letzte Drahtberichte.

Die verweigerte Auskunft.

bz. **Berlin**, 20. Febr. „Morning Leader" schreibt: Lloyd George lehnte auch die von der Arbeiterpartei verlangte Vorlegung der auf Elsaß-Lothringen bezüglichen Beschlüsse der Versailler Konferenz ab. „Morning Leader" schließt daraus auf weitgehende staatsrechtliche Bindungen für Frankreich, die ohne Befragung des Parlaments in Versailles abgegeben seien.

Die Sommerzeit in England.

WTB. **London**, 21. Febr. (Reuter.) Im Unterhaus wurde mitgeteilt, daß die Sommerzeit am 24. März beginnen und am 29. September enden soll.

Griechenland unter der Fuchtel Englands.

WTB. Canea, 21. Febr. (Havas.) Ein englischer Dampfer landete in der Suda-Bay 119 verurteilte oder angeklagte griechische Offiziere, darunter einen Admiral und zwei Generale, die im Fort Izzodino interniert werden sollen.

Englischer Bericht von der Palästinafront.

WTB. **London**, 20. Febr. Amtlicher Bericht aus Palästina: Am Morgen des 19. Februar rückten unsere Truppen auf einer Front von 15 Meilen östlich von Jerusalem zum Angriff vor. Am Abend wurden alle Stellungen bis zu einer Durchschnittstiefe von zwei Meilen erreicht.

Fliegerangriff auf Pirmasens.

WTB. Karlsruhe, 21. Febr. Gestern mittag wurde die offene Stadt Pirmasens von feindlichen Fliegern mit Bomben beworfen. Es wurden mehrere Personen verletzt und einiger Häuserschaden angerichtet. (z.)

Heeresberichte.

WTB. **Wien**, 21. Febr. (Nichtamtlich.) **Amtlich wird verlautbart:**

Auf der Hochfläche von Asiago und östlich der Brenta Artilleriekämpfe.

Die Truppen des Generals v. Linsingen sind im weiteren Vorrücken und haben Rouno besetzt.

Der Chef des Generalstabs.

*

WTB. **Sofia**, 21. Febr. Bericht vom 19. Februar. Mazedonische Front: An der gesamten Front mäßige Feuertätigkeit. Oestlich vom Wardar und bei Butkowo-See verjagten wir durch Feuer mehrere englische Erkundungsabteilungen. — Dobrudschafront: Waffenstillstand.

Der Vormarsch der Türken.

WTB. Konstantinopel, 20. Febr. Sicherungsabteilungen unserer Kavallerie sind gestern abend in Beiburl eingerückt, nachdem sie feindliche Banden vertrieben hatten.

Ein Militärtransportdampfer versenkt.

WTB. Amsterdam, 20. Febr. Reuter meldet aus Paris: Der Dampfer „Dives" wurde am 1. Februar zwischen Marseille und Bougie torpediert. Das U-Boot wurde nicht gesehen. Es waren 339 Passagiere an Bord, darunter 301 Militärpersonen, sodann 55 Seeleute. 110 Personen werden vermißt.

Cadornas Ausscheiden aus dem Versailler Kriegsrat.

WTB. **Paris**, 21. Febr. (Havas.) Wie die Blätter melden, hat General Cadorna Versailles verlassen, nachdem er seine Funktionen dem General Giardino übertragen hatte, der seine Stelle im Obersten Kriegsrate der Alliierten übernimmt.

Der russische Marineminister aufgehängt.

* Bern, 21. Febr. (Priv.-Tel.) „Dépêche de Lyon" bringt eine Mitteilung vom Roten Kreuz der Vereinigten Staaten aus Petersburg, die Kosaken hätten den Marineminister in einem Eisenbahnzug festgenommen und aufgehängt.

Keine schwedische Intervention in Finnland.

WTB. Stockholm, 21. Febr. (Nicht amtlich.) „Swenska Telegram Byran. Ministerpräsident Eden beantwortete in der Zweiten Kammer eine Interpellation des linkssozialistischen Reichstagsmitglieds Wennerström über die Stellung der Regierung zur Interventionsfrage in Finnland sowie der Durchfuhr und Ausfuhr von Waffen. Eden erklärte, die Regierung hege keinerlei Absicht, eine bewaffnete Intervention zu unternehmen, falls das Recht und die Interessen Schwedens nicht Kränkungen ausgesetzt seien. Die an gewissen Stellen in Schweden gewünschte Intervention erweckt starken Widerstand in weiten Kreisen des schwedischen Volkes und würde eine finnische Staatsordnung, die ihren Erfolg schwedischen Waffen verdankte, unter dem Teil des finnischen Volkes sehr verhaßt machen, gegen den diese Waffen gerichtet waren. Die schwedische Regierung habe nicht die Absicht, das bestehende Verbot gegen die Durch- und Ausfuhr von Waffen aufzuheben oder zu verändern. In dieser Hinsicht seien keine Lizenzen für Rechnung Finnlands gegeben worden. Die Regierung könne die Bildung von bewaffneten Korps auf schwedischem Boden nicht gestatten, aber Privatleute hätten die Erlaubnis erhalten, als Freiwillige in finnische Dienste einzutreten, denselben Grundsätzen gemäß, die in anderen gleichartigen Fällen angewendet werden.

Lebensmittelunruhen auf Malorca.

WTB. Bern, 21. Febr. Lyoner Blätter melden den Ausbruch von Unruhen infolge Lebensmittelmangel auf der Insel Malorca. Ein Sergeant wurde verletzt, ein Manifestant getötet. Mehrere Manifestanten wurden verletzt.

Geständnis des Mörders Gebhard aus Pirmasens.

)(Zweibrücken, 21. Febr. (Priv.-Tel.) Um der Todesstrafe zu entgehen, hat der von dem Schwurgericht am 18. Febr. wegen Ermordung des Berliner Kaufmanns Löwenthal zum Tode verurteilte Kaufmann Otto Gebhard aus Pirmasens heute ein umfassendes Geständnis abgelegt und erklärt, daß er den Löwenthal während eines Streites in seiner Pirmasenser Wohnung erschlagen und die Leiche verscharrt habe. Letztere wurde bereits gefunden. Vermutlich wird ein neues Gerichtsverfahren eingeleitet.

Wetterbericht des Zentralbüros für Meteorologie und Hydrographie.

Voraussichtliche Witterung am 22. Febr.: Niederschläge, Tauwetter

Zur Berufswahl.

Es naht wiederum die Zeit heran, wo sich eine große Schar junger Menschen zur Wahl eines Berufes zu entscheiden hat. Die Zahl der im Handwerk untergebrachten Lehrlinge ist im erschreckenden Maße zurückgegangen. Sie wandern vielfach ohne Rücksicht auf ihr späteres Fortkommen ab zur Industrie, weil sie bei dieser höhere Löhne erhalten. Das ist zum größten Schaden für den Lehrling wie auch für unser Wirtschaftsleben.

Mit einer besseren Entlohnung der Lehrlinge ist heute jeder verständige Meister ohne weiteres einverstanden. Es kommt ihm keineswegs auf eine billige, jugendliche Arbeitskraft an, sondern er wird sein Hauptaugenmerk auf die Ausbildung des Lehrlings legen. Der Meister wird auch dafür sorgen, daß der Lehrling nach 10 bis 15 Jahren ein Kapital zur Verfügung bekommt, um sich selbständig zu machen.

Es sollen daher die Eltern ihre Kinder an Ostern nicht nur einem gelernten Berufe zuführen, sondern auch nur einem Meister in die Lehre geben, der eine Lehrlingsversicherung beim Landesverband der bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen für den Knaben abschließt. Der Lehrling erhält dann nach seiner Gesellenzeit ein kleines Kapital von 500, 1000, 1500 oder 2000 Mark je nach Art seines Berufes zur Verfügung gestellt, das ihn zur Selbständigkeit bringt.

Ihr Eltern und Vormünder! Auf Euch liegt eine schwere Verantwortung in der Berufswahl Eurer Kinder. Laßt Euch nicht bestimmen allein von Augenblicksorgen und von augenblicklichen Verhältnissen, habt nicht Euren augenblicklichen Vorteil dabei im Auge, sondern den bleibenden Vorteil Eurer Kinder, die Euch zeitlebens dafür danken werden!

Gerichtsverhandlungen.

N. **Karlsruhe**, 19. Febr. Der Fabrikant Karl Kappler aus Altensteig kaufte deutsche Silbermünzen mit 2—5 Proz. Aufgeld auf und ließ sie durch den Feingießer Philipp Zachmann aus Wilferdingen zu Barren einschmelzen. Damit vergingen sich die beiden gegen den Artikel 5 der Bekanntmachung vom 19. Juni 1917. Der Angeklagte Zachmann behauptete, er habe nicht gewußt, was für Material er durch seine Leute einschmelzen ließ, er habe geglaubt, es handle sich um russische Münzen. Im ganzen soll Kappler für etwa 5000 M Silber durch Zachmann haben einschmelzen lassen. Für etwa 3000 M Silber ist von der Behörde noch beschlagnahmt worden. Im Sinne der Anklage wurde Kappler zu 500 M Geldstrafe oder zu 50 Tagen Gefängnis, Zachmann wegen Beihilfe zu 150 M Geldstrafe oder zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde das für Kappler bestimmte Silber im Werte von 2769 M, das beschlagnahmt worden war, eingezogen.

-r **Mannheim**, 20. Febr. Die Strafkammer verurteilte den 17jährigen Arbeiter Hans Bicking wegen mehrfachen Diebstahls unter Einrechnung früherer Strafen zu 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis, den 26jährigen Andreas Fink und den 16jährigen Taglöhner Wilhelm Ullmeyer zu je 2 Jahren Gefängnis und den 22jährigen Schneider Karl Volz zu 3½ Jahren Gefängnis. Die Verurteilten hatten teils allein, teils gemeinsam verschiedene Diebstähle ausgeführt und dabei Geld und einmal auch ein Warenlager von Schuhriemen, Hosenträger und 10 Uhren im Werte von über 4500 M gestohlen. — Eine Strafliste von 137 Vorstrafen hat die 52jährige Putzfrau Karolina Hirschmann, die von der hiesigen Strafkammer wegen zahlreicher Diebstähle jetzt wieder zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Büchertisch.

Rücksendung von Rezensionsexemplaren ist ausgeschlossen. Besprechung erfolgt nach freiem Ermessen.

Es sind folgende Bücher bei uns eingegangen:

Rotes Edelweiß und andere seltsame übersinnliche Begebenheiten aus der Zeit des Weltkrieges 1916—16 von Jean Paar. Verlag von Hermann Antritter, Pforzheim. Preis 2 M.

Ein seltsam eigenartiges Buch, wohl das seltsamste, das die Kriegsliteratur kennt. Mit einer verblüffend sichern und flotten Technik schildert der Verfasser uns Menschen und Kriegserlebnisse in einer Plastik und Lebendigkeit, die oft geradezu unheimlich wirkt.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

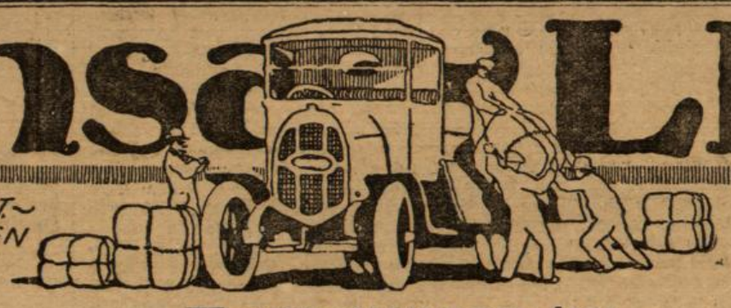
Geburten.

15. Febr.: Hedwig Sofie Katharina Frida, V. Georg Gmeiner, Kaufmann; Eva Ursula, V. Otto Schoch, Stadtrechtsrat. — 16. Febr.: Werner Franz, V. Hans Rupprecht, Kaufmann; Friedrich, V. Anton Licht, Schuhmacher; Martha Emma, V. Adolf Emil Vetter, Drogist. — 18. Febr.: Brunhild Gertrud, V. Ferdinand Knöpple, Fräser. — 19. Febr.: Johanna Frida, V. Ludwig Endrich, Bierbrauer. — 20. Febr.: Oskar Fridolin, V. Maximilian Fuchs, Bahnarbeiter.

Todesfälle.

19. Febr.: Benedikt Pferrer, Landwirt, Witwer, 72 J.; Philippine Eberle, 41 J., Ehefrau von Leopold Eberle, Maurer. — 20. Febr.: Alber, 1 Mt. 19 Tg., V. Albert Godefrin, Fabrikarbeiter; Karl Bader, Taglöhner, Ehemann, 53 J.

Hansa Lloyd



HANSA-LLOYD WERKE AKT.-GESELLSCHAFT, BREMEN

PERSONENWAGEN, LIEFERWAGEN, LASTWAGEN, OMNIBUSSE

15000

Vertretungen in:

Blaubeuren (Wttbg.): **Fritz Schlenk**, Automobil- und Fahrzeughandlung;
Ebingen (Wttbg.): **Kauffmann & Siegel**, Sonnenstrasse;
Freiburg i. Breisgau: **August Fohr**, Bayernstrasse 12;
Gmünd (Wttbg.): **J. Pfeiffer**, Automobil- u. Fahrzeughandl.;
Karlsruhe i. Baden: **U. Kautt & Sohn**, Hoflieferanten, Waldhornstrasse 14/16;
Lindau/Reutin a. Bodensee: **C. Lauster**;
Lörrach i. B.: **Carl Sutter**, Wagen- und Karosserie-Fabrik;
Offenburg i. Baden: **Wroblewski & Co.**;
Reutlingen: **J. Hammer**, Automobilhaus, Kirchstr. 22/24;
Saulgau (Wttbg.): **Leo Widmann**, Maschinen- und Fahrrad-Industrie-Werke, Hauptstrasse 41 B;
Villingen i. Baden: **Ignatz Görlacher**, Obere Strasse 16.

„Versorgung von Mutter und Kind".

Wir haben die Wahrnehmung gemacht, daß zahlreiche Familien es unterlassen ihre Säuglinge zur Versorgung anzumelden. Wir fordern deshalb nochmals auf, **alle Säuglinge, welche nach dem 30. April 1917 geboren sind, bei unserer Kartenstelle, Festhalle, Schalter 2 (An- und Abmeldungen) bis spätestens 23. Febr. 1918 zur Anmeldung zu bringen.**

Wer diese Anmeldung unterläßt gefährdet die rechtzeitige Versorgung seines Kindes.

Karlsruhe, den 21. Februar 1918. D. 38

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Evangelischer Bund.

Am Sonntag, den 24. Februar, abends 8 Uhr im Gemeindehaus der Südstadt

unter Mitwirkung des **Kirchenchors**

Versammlung und Vortrag

des Herrn Stadtpfarrers **Huß** von **Mannheim** über den

„Einfluß der Reformation auf das Schulwesen".

Mitglieder und Freunde des ev. Bundes sind herzlich eingeladen.

1222 **Der Vorstand.**

Original-Oelgemälde

von Prof. Dill, Prof. Fehr
= Prof. von Volkmann =
Fickentscher, Grether, Hausamann,
Lemmer, Metzger, Mutter, Segewitz
† Prof. Schönleber
Prof. Roman, Knorr, Schirm etc.

Ferner im Auftrag z. G. für den Ortsverb. d. Rent.- u. Pensionsanst. f. Deutsche bildende Künstler in Weimar

eine Anzahl Gemälde, Radierungen und Originalsteinzeichnungen zu Gelegenheitspreisen.

Fz. Otto Schwarz
Kunsthandlung
Kaiserstrasse 225. 1220

Das städtische
Kurhaus Herrenalb (Schwarzwald)
Sanatorium für innere Krankheiten
ist ab Februar 8005
wieder eröffnet.

Unter der wissenschaftlichen Kontrolle des vereid. Gerichts- und Handels-Chemikers Professor Dr. Heinrich Becker, Frankfurt a. M. 8026

Suppenwürze

von vorzüglicher Beschaffenheit.
Chemische Fabrik Dr. Kast G. m. b. H., Frankfurt a. M.
zur **Messe** in **Leipzig, Zeissighaus**, III. Stock, Stand 254.

Neueste Bibliothek des Wissens und der Bildung 8 einheitliche Bde. zus. M. 32 (auch einzeln je M. 4,40. I. Deutsch, II. Neues prakt. Rechnen, III. Privatkorrespondenz, IV. Geogr. und Völkerkunde, V. Weltgeschichte und Bürgerkunde, VI. Neues Rechtshandbuch, VII. Engl. Grammatik und Konversation, Französische Grammatik und Konversation, Einfache Buchführung, VIII. Guter Ton und gute Sitte.

Neueste kaufmännische Bibliothek 8 einheitliche Bde. zus. M. 32 (auch einzeln je M. 4,40). A. Kaufmännisches Rechnen, B. Geschäftspraxis im Handel und Gewerbe, C. Praktische Korrespondenz des Kaufmanns, D. Die Bank, ihre Geschäftszweige und Einrichtungen, E. Einfache, doppelte und amerikanische Buchführung, F. Neues Rechtshandbuch, G. Des Kaufmanns Englisch, H. Des Kaufmanns Französisch.

Handbuch für Kaufleute M. 12. (Buchführung, Schriftführung, Handelsrecht, Wechselrecht, Scheckwesen, Bankwesen, Kaufm. Rechnen.)

Nur direkt gegen Nachn. zu beziehen durch **L. Schwarz u. Comp.**, Verlagsbuchhandlung, Berlin S 50 P, Dresdener Straße 80. Wir liefern außerdem jedes im Buchhandel erschienene Buch oder Musikstück. 8175

Bekanntmachung.

Von der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a/M.**, ist bei uns der Antrag auf Zulassung von

M. 3672000.— Aktien der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei in Ettlingen Lit. A 1-1200, Lit. B 1-1272

zum Handel und zur Notierung an der hiesigen Börse eingereicht worden. 1221

Frankfurt a.-M., den 20. Februar 1918.

Die Kommission für Zulassung von Wertpapieren an der Börse zu Frankfurt a. M.

Die besten Partien steh. i. d. deutschen **Heiratszeitung** München 81, Ringseisstr. 12. Diskret. Versand. Einzel.-Nr. 75 Pfg. oder vierteljährl. M. 2.50. 8006

Albert Ludwigs-Universität Freiburg i. B.

Das Verzeichnis der Vorlesungen, welche im Sommersemester 1918 an der bisherigen Hochschule gehalten werden, ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, sowie gegen Einsendung von 20 Pfg. (auch in Briefmarken) vom hiesigen Universitäts-Sekretariat zu beziehen. 15009

Gelände mit Gleisanschluss

möglichst mit Gebäude und Dampfanlage zur Errichtung einer Einkochstation von Obst zu **kaufen** oder zu **pachten gesucht.**

Ausführliche Eilofferten erbittet: 8006

Heinrich Lüders, Ingenieur-Büro, Berlin W. 57
Kurfürstenstr. 13 — Nollendorf 3411.

Geschäftsstelle Hirschstr. Nr. 9

Sie haben zweifellos

mit einer Anzeige im „Evang. Gemeindebote für die Stadt Karlsruhe", der wöchentlich Samstags in einem Umfang von 8 Seiten und dabei

in 15000 Exemplaren

zur Ausgabe gelangt, außerdem noch unentgeltlich und doch äußerst gewissenhaft in allen Stadtteilen und fast jedem Hause verteilt wird,

den sichersten Erfolg

Versäumen Sie deshalb nicht, auf Ihre Firma etc. durch ein Inserat — bei mehrmaliger Einschaltung entsprechender Rabatt — hinzuweisen

im Ev. Gemeindebote

Rufen Sie bitte Telefon Nr. 400